

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 29.11.2016 öffentlich

Ort: Stadthaus
Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (saale)

Zeit: 16:32 Uhr bis 17:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender
Herr Andreas Scholtyssek	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Manuela Plath	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Katharina Hintz	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Marko Rupsch	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Tom Wolter	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro OB

Reik Möller	Referent
Manuela Hoßbach	Controllerrin GB OB
Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal
Martina Beßler	Controllerrin GB I
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Evelin Müller	Abteilungsleiterin Kämmererei
Uwe Stäglin	Beigeordnete GB II
Yvonne Gumpert	Controllerrin GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete GB III
Katharina Brederlow	Beigeordnete GB IV
Andrea Simon	Controllerrin GB IV

Entschuldigt fehlten:

Herr André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Dr. Inés Brock	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

zu Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Meerheim begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Fritz zu Gewinnerzielungsabsicht im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge

Herr Fritz fragte nach einer noch offenen Beantwortung. Er hatte nach der Einsichtnahme in den Prüfbericht Landesrechnungshof gefragt, ob es noch weitere Verträge gibt, die von diesen Zuschlagssätzen betroffen sind.

Herr Geier antwortete, dass er dies noch nicht beantworten kann, weil die Stadträte diesen Prüfbericht noch zugestellt bekommen müssen. Bevor eine Bürgeranfrage in dem speziellen Falle beantwortet werden kann, müssen erst die Stadträte informiert sein.

Herr Fritz stellte zu dem Sachverhalt Gewinnerzielungsabsichten im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge eine Frage. Es ging ihm dabei insbesondere um das sogenannte System der Zuschläge, Konzessionsabgaben, Aufschlägen in verschiedenen Verträgen und Satzungen der Stadt Halle.

Er hat einen Konzessionsvertrag über die öffentliche Versorgung mit Wasser aus dem Jahre 2014. Später wurde ein Beschluss gefasst, woraus er einen Vertragsinhalt zitierte: "Verhandlung über die Höhe der Konzessionsabgaben, Bezahlungen werden dann begonnen, wobei sich beide Partner einig sind, dass der mögliche Höchstsatz zu zahlen ist". Also der gesetzlich möglichste Höchstsatz soll dort genutzt werden.

Gleichfalls zitierte er aus der Verwaltungskostensatzung von 2014: „Durch die Anhebung der Kostentarife und unter Ausnutzung der Gebührensparungen im angemessenen Rahmen, können die Fachbereiche eigenverantwortlich zur Einnahme, Stabilisierung im Bereich der Verwaltungskosten, beitragen“ und: „Durch die Erhöhung bereits vorhandener Gebührentarife könnte die angegebene Ertragserhöhung übertroffen werden.“

Er möchte wissen, ob es sich um Ausnahmen handelt oder prinzipiell am oberen Rand des Möglichen aus der Finanznot der Stadt heraus dazu entschieden wird. Woran ist der Bürger künftig im Bereich dieser Zuschlaggestaltung?

Herr Geier ging auf die drei angesprochenen Fragekomplexe in seiner Beantwortung ein.

Zur Verwaltungsgebührensatzung ist es zulässig und auch richtig, dass man Rahmengebühren für bestimmte Verwaltungsleistungen festlegt. Hier soll der Bearbeiter den Umfang eines individuellen Vorgangs abschätzen und sich dann innerhalb dieser Rahmengebühr bewegen.

Durch **Herrn Geier** wurde angesprochen, dass man einen Fall, der jetzt an dem Beispiel dieser Abfallgebührensatzung eine bestimmte Sachlage hat, nicht auf sämtliche anderen Gebührentatbestände und auch Satzungen oder solche Dinge wie Konzessionsverträge, übertragen kann, sondern da eine Differenzierung notwendig ist.

Herr Fritz regte im Vorfeld der anstehenden Entscheidung zur Abfallgebührensatzung an, darüber nachzudenken, ob es denn unbedingt maximale Sätze sein müssen.

Herr Dr. Meerheim beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften wurde von **Herrn Dr. Meerheim** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungen oder Anmerkungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Zustimmung zur vorliegenden Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den

Beteiligungsbericht 2015
- Abschlussberatung -
Vorlage: VI/2016/02283

- 5.1.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02402
- 5.1.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier: Investitionsmittel Kunst im öffentliche Raum
Vorlage: VI/2016/02440
- 5.1.3. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur
Vorlage: VI/2016/02479
- 5.1.4. Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Förderung der FreienSzene
Vorlage: VI/2016/02496
- 5.1.5. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 - Produkt: 842101001 – Sportförderung
Vorlage: VI/2016/02506
- 5.1.6. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Saalequerung
Vorlage: VI/2016/02520
- 5.1.7. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02524
- 5.1.7.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02560
- 5.1.7.1.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 ...“ Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02574
- 5.1.8. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02531

- 5.1.9. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533
- 5.1.10. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02535
- 5.1.11. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB XII
Vorlage: VI/2016/02536
- 5.1.12. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540
- 5.1.13. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02543
- 5.1.14. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02544
- 5.1.15. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.57511 Zuschuss an Stadtmarketing
Vorlage: VI/2016/02550
- 5.1.16. Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2016/02552
- 5.1.17. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02546
- 5.1.18. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02553

- 5.1.19. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02555
- 5.1.20. Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: VI/2016/02598
- 5.1.21. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02578
- 5.1.22. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 - hier: Stellenplan
Vorlage: VI/2016/02577
- 5.1.23. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02283): hier: Investitionsmittel Sanierung Peißnitzhaus
Vorlage: VI/2016/02582
- 5.1.24. Änderungsantrag der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

Es lag keine Niederschrift zur Abstimmung vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 - Abschlussberatung - Vorlage: VI/2016/02283**

Herr Dr. Meerheim informierte, dass verschiedene Änderungsblätter zum Haushalt, der Beteiligungsbericht, die Wirtschaftspläne der Unternehmen sowie der Stellenplan behandelt werden. Er teilte mit, dass zu den einzelnen Positionen Fragen gestellt werden können.

Energieerzeugungsanlagen

Herr Rupsch fragte, ob eine Beschlussvorlage für die Energieerzeugungsanlagen in den Stadtrat eingebracht wird.

Herr Geier antwortete, dass diese dem Stadtrat noch vorgelegt wird.

Zoo

Herr Rupsch fragte, wann die Machbarkeitsstudie zum Zoo vorgelegt wird.

Frau Ernst antwortete, dass die Machbarkeitsstudie zunächst im Aufsichtsrat besprochen wird. Dies soll im Januar 2017 erfolgen.

Herr Wolter informierte, dass es Änderungen beim Zoo gab. Er fragte, ob diese eingearbeitet wurden.

Frau Wolff bestätigte, dass die Änderungen eingearbeitet wurden.

Herr Wolter fragte, warum in der Mittelfristigen Planung keine Mittel eingestellt wurden.

Frau Ernst antwortet, dass entsprechende Mittel ab dem Haushaltsjahr 2018 eingestellt wurden. Diese werden in den Änderungsblättern dargestellt.

Stiftung Moritzburg

Für diesen Punkt wurde ein Wortprotokoll der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) beantragt.

Herr Scholtyssek

„Ja das Thema ist ja fast schon Dauerbrenner. Einfach die Frage: Die 130.000 die wir eingestellt haben, sind die in diesem Jahr abgeflossen?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

„Wenn die Klage zurückgenommen wird vom Land, fließen sie auch ab.“

Herr Scholtyssek

„Bis jetzt sind sie aber noch im Haushalt enthalten?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

„Genauso.“

Herr Scholtyssek

„Und was passiert mit dem Geld?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

„Das bleibt da erst einmal da stehen. Das Jahr ist ja noch nicht zu Ende.“

Herr Scholtyssek

„Und wenn das Jahr zu Ende gehen sollte, ohne das die Klage zurückgezogen wird?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

„Dann wird das ganz normal zugeführt dem allgemeinen Haushalt. Und von daher ist das dann für die Ermächtigung des Haushaltes gegeben.“

Herr Dr. Meerheim

„Herr Rupsch.“

Herr Rupsch

„Kurze Frage zu dem Ergebnis 2015. Was sind denn diese 520.000 Euro, die da drin stehen?“

Herr Dr. Meerheim

„Das sind mehrere. Dann Jahre, oder?“

Herr Geier

„Das ist eine Rückstellung, die wir gebildet haben.“

Dr. Meerheim

Gut.

Ende des Wortprotokolls.

Erdgas-Sportpark

Herr Rupsch informierte, dass es Verhandlungen mit dem HFC bezüglich der Anpassung der Miete geben sollte. Er fragte, ob dies bereits berücksichtigt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass dies noch nicht berücksichtigt wurde.

Änderungsblätter

Sprachlehrer

Herr Dr. Meerheim fragte, woher das Geld kommt.

Herr Geier sagte, dass Integrationsmittel beim Land beantragt werden.

Herr Dr. Meerheim fragte, um wie viele Stellen es sich handelt.

Frau Brederlow antwortete, dass es ca. 24 Stellen betrifft.

Herr Wolter äußerte, dass er eine konkrete Berechnung haben möchte.

Herr Geier antwortete, dass es sich bei der Berechnung um einen Durchschnittswert für ein halbes Jahr handelt.

Herr Dr. Meerheim äußerte, dass die Lehrer Arbeitsverträge mit dem Land haben. Er fragte wie die Verfahrensweise dann ist.

Frau Brederlow antwortete, dass die Lehrer nicht kommunal eingestellt werden. Bisher ist nicht bekannt, welche Schulen es betreffen wird. Sie betonte, dass es sich um ca. 24 Vollzeitstellen und nicht um Personen handelt. Weiterhin sagte sie, dass die Möglichkeit besteht, Honorarverträge mit den Lehrern zu schließen.

Herr Wolter bat die Verwaltung über den aktuellen Stand in der Stadtratssitzung am 14.12.2016 zu informieren.

Eisdorn

Herr Wolter äußerte, dass die Verwaltung über die Mittelfristige Planung ab dem Jahr 2018 informierte, jedoch keine Beschlüsse gefasst wurden. Er fragte, ob die Verwaltung dies als Handlungsauftrag verstehe oder ob es sich um einen Platzhalter handelt, welcher erst mit Beschluss wirksam wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass zunächst der Sportausschuss sich damit befassen wird. Danach werden die einzelnen Baubeschlüsse dem Finanzausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Grundstücksverkehr

Herr Wolter fragte, wohin die Mindereinnahmen verschoben werden.

Frau Wolff antwortete, dass diese in die Jahre 2018 und 2019 verschoben wurden. Dies korrespondiere mit den geplanten Bauabläufen der BbS III und der zweiten IGS.

Stellenplan

Für diesen Punkt wurde ein Wortprotokoll der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) beantragt.

Herr Dr. Meerheim

Die nächste Vorlage, die wir formal behandeln müssten, zu mindestens nachdem jetzt der Personalausschuss darüber befunden hat, ist der Stellenplan. Und da sind Sie Herr Kollege Krause nochmal mit im Boot. Sie hatten vorhin von einem Antrag gesprochen, der Ihrer Meinung nach keine Berücksichtigung gefunden.

Bei den Änderungen, die wir heute auch bekommen haben, für den Stellenplan. Die waren ja auch recht umfangreich. Bitte Herr Krause.

Herr Krause

Ich spreche von dem 5.1.22 in der Tagesordnung. Das ist die Stelle „wissenschaftlicher Sachbearbeiter Finanz und Personal. Das ist eine E 13 Stelle. Und wir möchten, dass die wieder in den Stellenplan aufgenommen wird in dem Entwurf.

Wir hatten diesen Antrag mündlich gestellt im Personalausschuss und uns mit den Fraktionen darauf geeinigt, dass wir den schriftlich niederlegen und einstellen. Deswegen ist der heute nochmal da. Sonst wäre der möglicher Weise

Herr Dr. Meerheim

Sie haben sich darüber geeinigt den einzustellen. Aber der ist nicht beschlossen wurden.

Herr Krause

Ich bin ja gerade am Erklären. Ich war ja noch nicht ganz fertig.

Und es gab eine grundsätzliche, Sympathie ist vielleicht übertrieben, aber Zuneigung zum Antrag. So habe ich das jedenfalls wahrgenommen. Aber wir hatten ihn nur mündlich formuliert und die Fraktionen sahen sich nicht in der Lage, den jetzt sozusagen nachzuvollziehen. Und deswegen ist darum gebeten wurden, den Antrag erst einmal einzustellen. Das haben wir getan inzwischen.

Wir haben dann gesagt, daran soll es aber nicht scheitern, dass wir den Stellenplan erst einmal vorläufig so beschließen, nehmen diesen Antrag mit in den Finanzausschuss, weil letztendlich der Stellenplan Bestandteil des Haushalts ist, und mit dem Haushalt mit letztendlich hier in der Abschlusssitzung beschlossen wird.

Und deswegen haben wir das genauso vom Prozedere her gemacht und halten den Antrag sozusagen aufrecht solange.

Herr Dr. Meerheim

Aha. Gut.

Da dieser Antrag ja doch ein paar Auswirkungen hätte, wenn er dann beschlossen würde...

Herr Krause

...beziehungsweise wenn er nicht beschlossen würde, auch.

Herr Dr. Meerheim

Nein. Wenn er nicht beschlossen wird, nicht.

Herr Krause

Doch. Er hat praktische Auswirkungen sogar.

Herr Dr. Meerheim

In einer Person eventuell. Das kann durchaus sein.

Herr Krause

Nein. Auch in der Stelle. Die Stelle ist im neuen Entwurf. Die jetzt bestehende Stelle ist im neuen Entwurf im Grunde nicht mehr existent. Und wir wollen sie wieder da rein haben. Das hat schon auch eine Stellenauswirkung. Natürlich.

Die Stellenauswirkung ist, dass der persönliche Referent eines jeden Dezernenten eine Vertrauensstellung ist. Eine Stelle die sozusagen jeder Referent, Beigeordnete selbst besetzen kann. Und diese Stelle ist jetzt hier im neuen Entwurf zur Disposition gestellt. Und das möchten wir wieder rückgängig machen, weil wir meinen, jeder Beigeordnete hat das Recht, die Stelle zu besetzen. Auch zu dem Zeitpunkt wenn er meint die zu besetzen.

Und Herr Geier dann ausgeführt im Personalausschuss, so habe ich das noch in etwa in Erinnerung, dass mit Blick auf den Gesamtstellenplan im Geschäftsbereich I, er zwischenzeitlich verzichtet hatte, die Stelle zu besetzen, um sozusagen da das Gleichgewicht zu Wahren. Daraus aber die Schlussfolgerung zu ziehen, die Stelle wäre verfügbar halten wir für nicht richtig. Und deswegen möchten wir diese Stelle dort wieder zurückbeschließen.

Herr Dr. Meerheim

Frau Plath.

Frau Plath

Ja. Wir haben im Personalausschuss diesen sympathischen Antrag so auch vernommen und inhaltlich hätten wir den ja auch so diskutieren können. Das gehört ja auch in den Personalausschuss, Herr Krause. So wie Sie es gerade ausgeführt haben. Aber genau weil ja diese Stelle, wie Herr Geier hier ebenfalls ausführte, nicht besetzt war, haben wir das Ganze, also haben wir uns im Personalausschuss darauf geeinigt, dass wir das im Finanzausschuss debattieren.

Weil, wenn die Stelle, die woanders hin gelotst wurde, besetzt werden soll, dann muss sie auch finanziell hinterlegt werden. Weil auf die andere Stelle, das haben wir gefragt, kann man nicht verzichten. Inhaltlich haben wir das Thema gar nicht debattiert, wer verdient einen Referenten oder was muss hier ausgeglichen sein oder ähnliches.

Wir haben uns darauf geeinigt, dass es finanziell untersetzt werden muss, wenn wir für diese zweite Stelle plädieren. Und das müssten wir dann tun.

Herr Dr. Meerheim

Danke für den Hinweis. Herr Wolter.

Herr Wolter

Ich wollte Sie nur fragen, wir haben ja wirklich lange diskutiert drüber. Herr Geier, wenn Sie jemanden sozusagen als Personalchef unserer Verwaltung, der Sie ja sozusagen als Dezernent für die Personalbereiche hauptverantwortlich sind, natürlich unser Oberbürgermeister für die Gesamtverwaltung, wenn Sie sozusagen einen Referenten einstellen könnten, würde ich jetzt auf den Stellenplan gucken und denken, dass die Intension der SPD auch ohne diesen Antrag umsetzbar ist, aufgrund der Beweglichkeit innerhalb des Stellenplans.

Würden Sie dem zustimmen, dass Sie sozusagen, wenn Sie einen persönlichen Referenten sozusagen zusätzlich nach der jetzigen Ist-Situation, in Ihrem Bereich tätig haben wollten, dass Sie das sofort umsetzen könnten ohne dass es eine zusätzliche Stelle bedarf?
Das ist eine Frage an den OB bzw. an den Beigeordneten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn Herr Geier sofort unverzüglich einen persönlichen Referenten benötigt, bekommt er ihn aus dem Stellenplan heraus.

Herr Dr. Meerheim

Bitte Herr Krause.

Herr Krause

Woher nehmen Sie diese Garantie? Das müsste ja dann auch wieder beschlossen werden. Also alles was ab 12 ist, muss auf jeden Fall beschlossen werden in dem Rat bzw. im Ausschuss. Und wenn unserem Antrag nicht gefolgt würde, woher nehmen Sie die

Gewissheit, dass dann einem solchen Ansinnen gefolgt würde?

Weil, unsere Kausalität in dem Antrag, die ist vollkommen klar. Und ich muss ganz offen sagen, ich halte es für ein fatales Signal, wenn die persönliche Stelle, die persönliche Vertrauensstelle, ob sie nun besetzt ist oder nicht, jetzt allgemein verfügbar wird. Da wird ein Grundsatz durchbrochen, der wirklich solange nach der Wende der Stadtrat bzw. die

Verwaltung existiert, gilt. Und das wird jetzt sozusagen der Verfügbarkeit anheimgestellt.

Da haben wir ein echtes Problem mit. Muss ich ganz offen sagen. Und die Ursache ist an anderer Stelle geschaffen wurden. Wofür man diese Stelle zu benötigen meinen glaubt. Also...

Herr Dr. Meerheim

Können Sie etwas mehr dazu ausführen? Zu den Ursachen.

Herr Krause

Vielleicht kann das die Verwaltung tun. Kommt aus einem anderen Geschäftsbereich.

Herr Dr. Meerheim

Wie jetzt? Wie dürfen wir das verstehen?

Herr Krause

Dann bitte ich die Verwaltung nochmal zu erklären, welche Kausalität mit der Verschiebung dieser Stelle verbunden ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Stelle, Herr Krause, wird momentan nicht benötigt. Seit Jahren benötigt Herr Geier diese Stelle nicht.

Herr Krause

Dann erklären Sie doch bitte, wo sie hinwandern soll und warum.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ist doch gemacht wurden. Die Stelle wird dort benötigt, wo sie dann momentan ist. Herr Heinz benötigt die...

Herr Krause

Die Frage ist vom Herrn Vorsitzenden gerade nochmal gestellt wurde. Er war in diesem Personalausschuss nicht zugegen.

Herr Dr. Meerheim

Ich war im Personalausschuss nicht zugegen und deswegen wollten wir...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Stelle wird von Herrn Heinz benötigt.

Herr Krause

Meines Wissens nicht Geschäftsbereich Eins.

Herr Dr. Meerheim

Nein. Drei.

Frau Hintz bitte.

Frau Hintz

Ja, die Stelle wird seit längerer Zeit nicht benötigt. Aber damit ist ja nicht gesetzt, dass Herr Geier auf ewig der Beigeordnete für Finanzen bleibt. Derzeit ist die Struktur so, dass wir vier Beigeordnete haben. Es wird auch zukünftig so sein. Und dann frage ich mich, nehmen wir mal an, wenn Herr Geier nicht weiter Finanzbeigeordneter ist, wo wir dann eben eine neue E13-Stelle herzaubern.

Wir wissen nicht, wie es dann, na mein weiß doch nicht was passiert Herr Wolter. Vielleicht gibt es andere attraktivere Stadt. Ja. Nein, das ist ja auch eine Stelle, aller paar Jahre gibt es ein Bewerbungsverfahren. Und dann wissen wir nicht was ist. Und das ist uns wichtig, dass jeder Beigeordnete die gleiche Chance hat, einen persönlichen Referenten zu haben.

Und, das ist der Grund des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Hintz, wir drehen uns im Kreis. Ich hatte bereits deutlich gemacht, wenn Herr Geier eine benötigt, bekommt er sie auch.

Frau Hintz

Jetzt muss ich nochmal nachfragen. Vielleicht verstehe ich es auch einfach nicht, bin auch nicht Mitglied des Personalausschusses. Wo zaubert denn dann die Verwaltung eine E13-Stelle her?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn ich das sage, wird das so umgesetzt. Wenn wir eine freie Stelle haben, ist das unproblematisch.

Herr Krause

Dann möchte ich aber verstehen, woher Sie die Gewissheit nehmen, wenn der Ausschuss heute unserer Begründung nicht folgt, dass er dann Ihrer Begründung dann folgt, dass diese Stelle dann wieder geschaffen werden soll. Das entschließt sich meiner Logik.

Also muss ich ganz offen sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wird ganz normal wieder geschaffen über den Personalausschuss. Das ist unproblematisch. Sowie eine Stelle frei ist und vor allen Dingen wenn das Verlangen von Herrn Geier da ist, die Stelle auch tatsächlich zu besetzen. Momentan ist das nicht der Fall.

Herr Dr. Meerheim

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Jetzt muss ich auch mal eine Frage stellen. Ich bin nicht im Personalausschuss. Ich habe jetzt nicht verstanden. Gibt es die Stelle und ist nur nicht besetzt oder muss die erst neu geschaffen werden? Das klang jetzt bei Ihnen so.

Herr Dr. Meerheim

Nein die ist da.

Herr Scholtyssek

Also die ist da und könnte von Herrn Geier...

Herr Krause

Die ist im neuen Entwurf nicht mehr drin. Aber bisher ist sie da.

Herr Dr. Meerheim

Jetzt nicht mehr.

Herr Scholtyssek

Also im Haushaltsentwurf 17 ist die Stelle gestrichen?

Herr Krause

Richtig.

Herr Scholtyssek

Dann frage ich mich, wo der Oberbürgermeister die E13-Stelle im Stellenplan hernehmen möchte. Vielleicht können Sie das nochmal erläutern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Gedanken mache ich mir dann, wenn Herr Geier eine neue Stelle benötigt. Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Da wird ja noch einige Zeit ins Land gehen.

Herr Dr. Meerheim

Bitte Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Nehmen wir einfach mal an, der Stadtrat würde es so beschließen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Na ist doch gut. Dann beschließen Sie jetzt eine neue Stelle. Eine 13. Und dann wird das so eingerechnet und dann legen wir Ihnen die veränderten Unterlagen vor. Wir können Ihnen momentan nur sagen, die Stelle wird nicht benötigt. Wenn Sie sie beschließen, ist doch umso besser.

Herr Dr. Meerheim

Frau Plath.

Frau Plath

Also vielleicht gehe ich da auch zu wirtschaftlich ran. Aber so ein Stellenplan ist bei mir immer was braucht man an Knowhow und an Personal und was muss ich dementsprechend belegen. Und so hab ich mir diesen Stellenplan auch angeschaut. Und wenn es an gewissen Stellen kein Bedarf gibt, habe ich kein Problem damit, diesen Stellenplan so wie er jetzt ist, zu beschließen. Im Personalausschuss oder irgendwo sonst.

Und wenn es irgendwann ein Bedarf gibt, von mir aus morgen, oder in einer halben Stunde, dann debattiere ich das anders. Ohne jetzt irgendwelche grundsätzlichen Sachen, vielleicht bin ich dafür aber auch zu jung, dass ich manche Grundsatzsachen nicht so mitkriege.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ganz gern, wenn ich darf, zwei Minuten Auszeit beantragen.

Herr Dr. Meerheim

Dann machen wir jetzt eine kleine, kurze Pause...

...meine Damen und Herren. Würden Sie bitte wieder Ihre Plätze einnehmen.

Meine Damen und Herren, würden Sie bitte wieder ihre Plätze einnehmen.

Herr Krause, Sie haben das Wort.

Herr Krause

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück. Allerdings unter der Voraussetzung, wir setzen da auf die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, dass, wenn der Herr Geier bzw. wenn der Dezernent Finanzen oder GB I den Anspruch erhebt, den Wunsch äußert die Stelle besetzen zu wollen, dass diese Möglichkeit geschaffen wird. Unter der Voraussetzung ziehen wir zurück und möchte auch, dass das im Protokoll so erscheint.

Herr Dr. Meerheim

Das wird zu Protokoll genommen, die Aussage des Oberbürgermeisters und damit ist der Antrag der SPD-Fraktion hierzu erledigt.

Ende des Wortprotokolls

Herr Dr. Meerheim fragte, ob es weitere Wortmeldungen zu den Stellenplanänderungen gibt.

Herr Scholtyssek sagte, dass im Personalausschuss zusätzliche Stellen für den Bereich Planung beschlossen wurden. Er fragte, ob dies auch für den Bereich der Vergabe erfolgt ist.

Herr Stäglich informierte, dass ein Stellenaufwuchs im Fachbereich Bauen und nicht im Fachbereich Planen beschlossen wurde.

Herr Scholtyssek fragte, für welche konkreten Aufgaben diese Stellen beschlossen wurden.

Herr Stäglich antwortete, dass zwei Stellen zur Erfüllung des Straßenzustandsberichtes beschlossen wurden. Des Weiteren sind zwei zeitlich befristete Stellen aufgrund des Anstiegs der Projekte für vier Jahre geschaffen wurden.

Herr Scholtyssek fragte, ob im Bereich der Vergabe keine weiteren Stellen benötigt werden.

Herr Stäglich antwortete, dass für den FB Bauen der Bedarf angemeldet wurde. Es gab keine weiteren Redebeiträge.

Die Beschlussfassung zur Vorlage und zugehörigen Änderungsanträgen wurden auf die Sitzung des Finanzausschusses am 06.12.2016 vertagt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02402**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die KW-Vermerke im Stellenplan Konservatorium für 4,5 Stellen Musiklehrer werden gestrichen, Strukturnummer 17-3-441.

2. Der Stadtsingechor erhält auch im Jahr 2017 für die Position –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- ein zusätzliches Budget von 50.000€, Zeile 12, Produkt 1.26202.
3. Das Stadtmuseum erhält 25.000€ zusätzlich für die Position –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen-, Eigenanteil, um Fördermittel einwerben zu können, Produkt 1.25101.
4. Der Etat für das Laternenfest wird um 50.000€ erhöht, um die Mindereinnahmen von Erträgen aus Sponsoring zu kompensieren, Produkt 1.28107.
5. Der Etat für die Förderung der freien Kulturarbeit und kultureller Vorhaben (Projektförderung), Produkt 1.28102.01 wird um 100.000€ erhöht, davon zweckgebunden 10.000€ für die Robert-Franz-Singakademie.

Deckungsvorschlag: Produkt 1.28122 – Kulturelle Projekte, nicht unternetzt oder wahlweise aus den Mehreinnahmen FAG.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) –
hier: Investitionsmittel Kunst im öffentliche Raum
Vorlage: VI/2016/02440**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

In Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom 22.06.2016 zur Beschlussvorlage „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Kunst am Bau an städtischen Hochbaumaßnahmen und zur Gestaltung des öffentlichen Raums durch Kunstwerke“ (BV VI/2015/01069 + Änderungsantrag VI/2016/02002) wird ab dem Haushaltsjahr 2017 in einem PSP-Element: 8.28102001.700 (Pflege von Kunst und Kultur, Sachkonto: 78510000 Hochbau) jährlich ein Betrag in Höhe von 25.000 € eingestellt.

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur
Vorlage: VI/2016/02479**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Planansatz 2017 wird im Bereich Bildungsinfrastruktur für Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte um insgesamt zwei Million Euro erhöht. Die Mittel dienen der Umsetzung notwendiger baulicher Maßnahmen. Sie sind durch die Verwaltung in Absprache mit dem Bildungsausschuss bedarfsgerecht auf Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte zu verteilen.

Eine Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen durch Immobilienveräußerungen der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Förderung der FreienSzene
Vorlage: VI/2016/02496**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Im Haushaltsplan 2017 werden die Transferaufwendungen um 750 TEUR für die Förderung der Freien Szene im Produkt 1.28102 „Pflege von Kunst und Kultur“ erhöht. Von dieser Summe werden 500 TEUR zur Förderung der Freien Darstellenden Künste (Projektförderung, Förderung von Proberäumen, Förderung von Spielstätten) zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis September 2017 dem Stadtrat einen Plan vorzulegen, in dem eine schrittweise Steigerung der Förderung der Freien Szene ab dem Jahr 2018 auf 5% des Kulturetats der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2025 aufgezeigt wird.

~~Die Punkte 3-6 werden im Kulturausschuss am 30. November 2016 abschließend beraten.~~

- ~~3. Der Stadtrat beschließt die Gründung eines künstlerischen Beirates zur Ausreichung der in Beschlusspunkt 1 genannten Haushaltsmittel. Im Beirat sollen anerkannte Fachleute aus den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Künste, Literatur, Musik und neue Medien vertreten sein. Der Beirat sichtet alle Anträge zur Förderung von künstlerischen Vorhaben / Projekten und legt dem Kulturausschuss / dem Stadtrat eine Empfehlung zur Förderung zur Beschlusslage vor. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für den künstlerischen Beirat zu erarbeiten und die Organisation des Beirats sicherzustellen. Die Amtszeit für Mitglieder des Beirats wird auf drei Jahre begrenzt. Die Mitglieder des Beirats erhalten eine Aufwandsentschädigung.~~
- ~~4. In den Beirat werden folgende Personen entsandt:
N.N.
N.N.
N.N.
N.N.
N.N.~~
- ~~5. Die bestehende Richtlinie zur Förderung der Freien Kulturarbeit wird um die in Anhang 1 dargestellten Punkte geändert bzw. ergänzt.~~

- ~~6. Für das Jahr 2017 wird die Antragsfrist zur Förderung der Freien Szene auf den 15.01.2017 festgesetzt. Ab dem Jahr 2018 gelten die üblichen Antragsfristen lt. der Förderrichtlinie zur Förderung der Freien Kulturarbeit.~~

**zu 5.1.5 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 - Produkt: 842101001 – Sportförderung
Vorlage: VI/2016/02506**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

Für investive Maßnahmen auf den verpachteten Sportanlagen sind Investitionszuschüsse an Sportvereine i.H.v 250.000,00 EUR zu veranschlagen. Der Haushaltsansatz wird somit im Produkt: 842101001 – Sportförderung Zeile 11 um 150.000.00 EUR erhöht.

Die Deckung kann aus den zu erwartenden Erträgen im Produkt 1.52101 Baugenehmigung erfolgen. Alternativ sucht und prüft die Verwaltung einen entsprechenden Deckungsvorschlag im Interesse des Sports.

**zu 5.1.6 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Saalequerung
Vorlage: VI/2016/02520**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt folgende Änderung der Vorlage:

1. Im Haushaltplan 2017 werden 500.000 EUR für Planungsleistungen zur Verwirklichung einer weiteren Saalequerung eingestellt.
2. Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden unterjährigen Ertragsüberschüssen und/oder Maßnahmenverzögerungen.

zu 5.1.7 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.54101 Gemeindestraßen

Vorlage: VI/2016/02524

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

In das Produkt 1.54101 Gemeindestraßen - Zeilennummer 12: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – sind weitere Mittel i.H.v. 1.000.000 EUR einzustellen. Der neue Ansatz lautet -12.623.082 EUR.

Finanzierung/Deckungsvorschlag: Produkt 1.61101 – Steuern und ähnliche Abgaben (Gewerbesteueraufkommen)

**zu 5.1.7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02560**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Von den zusätzlich eingestellten Mitteln im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen sind mindestens 25 Prozent für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an städtischen Gehwegen zu verwenden.

**zu 5.1.7.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 ...“
Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02574**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext erhält die folgende Fassung:

Von den zusätzlich eingestellten Mitteln im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen sind mindestens 25 Prozent für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an städtischen Gehwegen **und Radwegen** zu verwenden.

zu 5.1.8 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02531

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen in den Produkten 1.36201 Jugendarbeit, 1.36301 Jugendsozialarbeit/erzieherischer Kinder- und Jugendschutz sowie 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie werden zum Zwecke der Steigerung der Zuschüsse an freie Träger um jeweils 100.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Beim Dienstleistungszentrum Migration und Integration (Produkt 1.11117) werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 3 TEUR erhöht.

Kosten: 3 TEUR

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.10 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02535**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

1. Der Planansatz 2017 Produkt 1.33101 – Zeile 13 Transferaufwendungen – wird von 301.500 EUR auf 400.000 EUR angehoben.
2. Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

zu 5.1.11 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den

**Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung
besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen
entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB XII
Vorlage: VI/2016/02536**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

1. Der Planansatz 2017 Leistung 1.31151-03 – Pflichtleistungen freier Träger wird von 463.900 EUR auf 514.000 EUR erhöht.
2. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.12 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier:
Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird dahingehend geändert, dass die im Produkt 1.57111 „Wirtschaft und Wissenschaft“ angesetzte Summe in Höhe von 286.200 EUR für die Umsetzung einer konkreten Marketinginfrastruktur zur Förderung des wissenschaftlichen Standortmarketings durch das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft in Kooperation mit dem Stadtmarketing Halle und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg um 64 TEUR aufgestockt wird.

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen des Produkts 1.52201 Daten- und Bauaktenverwaltung, die für die Erstellung eines neuen Mietspiegels vorgesehen waren.

**zu 5.1.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02543**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur werden die Transferaufwendungen um 40.000 € erhöht. Hiervon wird der städtische Anteil am Designpreis der Kunsthochschule „Burg Giebichenstein“ um 20.000 € erhöht. Ferner wird das Kompetenzzentrum „Gestalter im Handwerk“ mit zusätzlich 20.000 € bezuschusst.

2. Im Produkt 1.27201 Stadtbibliothek werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 15.000 € erhöht.

3. Im Produkt 1.25101 Stadtmuseum werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 60.000 € erhöht.

4. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen im Produkt 1.28122 Kulturelle Projekte in Höhe von 115.000 €.

**zu 5.1.14 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02544**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.31501 Frauenschutzhaus werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 50.000 € erhöht.
Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Marketingmaßnahmen im Produkt 1.57111 Wirtschaft und Wissenschaft in gleicher Höhe.

**zu 5.1.15 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt
1.57511 Zuschuss an Stadtmarketing
Vorlage: VI/2016/02550**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

In das Produkt 1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing - Zeilennummer 13 –
Transferaufwendungen - sind weitere Mittel i.H.v. 50.000 EUR einzustellen.

Der neue Ansatz lautet – 1.161.300 EUR.

zu 5.1.16 Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage

**„Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017
sowie den participationsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier
Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2016/02552**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

Der Planansatz 2017 Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen– Zeile 13
Transferaufwendungen – wird von 496.600 EUR auf 596.600 EUR angehoben.

Kosten: 100 TEUR

Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

**zu 5.1.17 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02546**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Im Investitionsplan des Geschäftsbereichs II wird an geeigneter Stelle ein Investitionstitel „Aufenthaltsqualität“ in Höhe von 10.000 € eingestellt. Von dieser Summe werden 6.000 € zur Anschaffung und Aufstellung von fünf wetterfesten Bänken (vgl. VI/2016/02229, Antwort auf Frage 4) für den Vorplatz des Neustadt Centrums, Richtung Neustädter Passage, verwendet. Die übrigen 4.000 € sind für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität von öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet (z. B. Ecke Theodor-Neubauer-Straße, Merseburger Straße) zu verwenden.

Die Deckung erfolgt aus einer geschäftsbereichsübergreifenden Minderung der Investitionen in Büroausstattung sowie aus nicht verbrauchten Investitionsmitteln im Jahr 2017.

Ferner ist eine Deckung aus nicht verwendeten Investitionsmitteln des Jahres 2016 in Zusammenhang mit einer Auftragsauslösung noch in diesem Jahr zu prüfen.

2. Für die Unterhaltung (Wartung, Reparatur, u. ä.) der unter 1. genannten Bänke werden im Teilergebnisplan des Geschäftsbereichs II an geeigneter Stelle zusätzlich 2.000 € eingestellt. Die Deckung erfolgt aus einer Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit und Printpublikationen in Höhe von 2.000 €.

**zu 5.1.18 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den participationsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02553**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen im Produkt 1.42101 Sportförderung werden zum Zwecke der Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an Sportvereine um 50.000 € sowie zum Zwecke der Sanierung von Sportstätten um 100.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 150.000 €.

**zu 5.1.19 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02555**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.55102 Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze werden um 28.158 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit und Printpublikationen in gleicher Höhe.

**zu 5.1.20 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den participationsbericht 2015" (VI/2016/02283) –
hier Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: VI/2016/02598**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Im Produkt 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung werden die Transferaufwendungen um 100.000 € erhöht.

2. Die Deckung erfolgt aus Steuer Mehreinnahmen.

3. Die Finanzierung von Maßnahmen, die durch die Erhöhung der Transferaufwendungen begonnen werden, wird für die Laufzeit der jeweiligen Maßnahmen sichergestellt. Der Ansatz des Produktes ist dementsprechend für die Folgejahre in angemessener Weise zu erhöhen.

**zu 5.1.21 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02578**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der nicht kommerzielle Radiosender „Radio CORAX“ erhält eine jährliche, städtische Förderung in Höhe von 25.000 €.
2. Diese wird durch eine Erhöhung des Ansatzes des Produktes 1.28102 „Pflege von Kunst und Kultur“ um 25.000 € finanziert.
3. Die Erhöhung des Produktansatzes wird für 5 Jahre in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) übernommen. Nach Ablauf dieses Zeitraums wird die Förderungswürdigkeit erneut bewertet.
4. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen im Produkt 1.28122 Kulturelle Projekte in Höhe von 25.000 €.

**zu 5.1.22 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015 - hier: Stellenplan
Vorlage: VI/2016/02577**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stelle „Wissenschaftlicher Sachbearbeiter/-in Finanzen und Personal (E13)“ wird ~~im Stellenplan 2017 nicht gestrichen.~~ **wieder in den Stellenplan 2017 aufgenommen.**

**zu 5.1.23 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-
Nummer: VI/2016/02283): hier: Investitionsmittel Sanierung Peißnitzhaus
Vorlage: VI/2016/02582**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Im PSP-Element: 8.51108041 Projekt „Weiterführung Sanierung Peißnitzhaus“ wird der in den Haushaltsjahren 2017-2019 vorgesehene Betrag an „sonstigen Investitionseinzahlungen“ von bisher insgesamt 322.400 € auf 52.650 € im Jahr 2017 verringert. Der Differenzbetrag in Höhe von 269.750 € wird von der Stadt Halle zur Finanzierung des notwendigen Eigenmittelanteils für die Förderung im Rahmen des

Förderprogrammes Soziale Stadt - Investitionen im Quartier bereitgestellt, so dass die Maßnahmen 2017 umgesetzt werden können.

zu 5.1.24 Änderungsantrag der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Änderungsantrag gemäß Anlage zu den Änderungsanträgen der Fraktionen und Ausschüsse des Stadtrates zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 Vorlage Nr.: VI/2016/02283.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Mitteilungen lagen nicht vor.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 10 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Dr. Meerheim beendete den öffentlichen Teil der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
stellvertretender Protokollführer